

Der Kontext

Ich fahre fort, wo ich bei meiner letzten Straßenblockade vor dem Münchner Justizministerium geendet habe: Der Warnung vor dem Überschreiten planetarer Grenzen:

Auf diesem Hintergrund ist Wahlkampf in Bayern eben nicht nur für Bayern relevant, sondern für die ganze Welt. Aus zwei Gründen:

1. Wenn ein in jeder Hinsicht reiches Land wie Bayern seine Klimahausaufgaben nicht schafft, wie will man das von anderen Ländern erwarten?
2. Wir leben in einer Zeit grenzüberschreitender Risiken: Die Klimakatastrophe macht vor nationalen Grenzen ebensowenig Halt wie die dadurch verursachten Flüchtlingsströme.

Die Wissenschaft ist eindeutig in ihren Prognosen: Machen wir fröhlich Weiter wie bisher, steuern wir bereits 2050 auf ca. 1 Milliarden Flüchtlinge zu, um 2070 werden bis zu 3,3 Milliarden Menschen ihre Heimat wegen Hitze, Wasserknappheit und steigenden Meeresspiegeln verlieren. Das wollen wir vermeiden, solange wir dazu noch die Möglichkeiten haben.

Deshalb spreche ich in meinem Statement über die Zusammenhänge zwischen Asyl und Fluchtursachenbekämpfung.

Aufhören mit Abschreckung und Abschiebung

Bayern investiert viel in seine Grenzsicherheit und hat zu diesem Zweck beispielsweise eine ziemlich überflüssige eigene Grenzpolizei geschaffen, die pro Jahre mehrere Millionen Euro verschlingt.

Noch ärgerlicher und zugleich teurer ist Bayerns Abschiebungspolitik, die selbst vor jenen, die Ausbildung oder Lohnarbeit stehen nicht Halt macht:

- 80 Millionen Euro hat das Abschiebungsgefängnis in Hof gekostet, ein weiteres entsteht gerade in Passau.
- Abschiebungshaft kostet 3-400 Euro pro Tag. Es werden in Bayern ca. 40% aller Abschiebungskandidaten in Abschiebungshaft genommen. Legt man die durchschnittliche Haftdauer von 1 Monat zugrunde, errechne ich für 2021 Kosten in Höhe 8,4 Millionen Euro.¹
- Dazu kommen die Kosten für Abschiebungsflüge, die 2022 Menschen sogar in Krisenländer brachten wie etwa Iran, Irak, Afghanistan oder die Überflutungsgebiete Pakistans.

Diese Praxis ist nicht nur teuer, sie ist in der Hälfte aller Fälle widerrechtlich und von Gerichten beanstandet, sie auch inhuman und gegen jede wirtschaftspolitische Vernunft. Sie muss deshalb deutlich reduziert werden, weshalb unser Bündnis fordert:

„Die Staatsregierung sucht Wege zur Vermeidung von Härtefällen und zur Vermeidung einer Kriminalisierung von Notfallhilfe, etwa über Vereinbarungen mit den Kirchen zum Kirchenasyl. Sie richtet eine Kommission zur Überprüfung der Qualität von Anhörungsbescheiden im

¹ 2021 wurden aus Bayern 1913 Menschen abgeschoben, i.d.R. sind 42,1% dieser Menschen in Abschiebungshaft. Kosten: 19,1 (1%) x 42 (42%) x 350 (Mittelwert) x 30 (1 Monat) = 8.423.100 Euro/Jahr.

Asylverfahren sowie eine unabhängige Kommission zur Überprüfung von Abschiebentscheidungen ein.“

Aufstocken der Fluchtursachenbekämpfung

Den Grenzsicherungs- und Abschiebungskosten gegenüber steht im Haushalt der Staatskanzlei versteckt ein Posten mit dem Titel „Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen“. Der ist mit ganzen 10 Millionen Euro ausgestattet.

Wenn man sieht, wieviel Bayern in Abschreckung und Abschiebung steckt, und wenn man versteht, wieviele Milliarden, ja Billionen, die weltweiten Kosten für den Umgang mit der Klimakatastrophe sind und sein werden, unverhältnismäßig wenig. Deshalb fordert unser Bündnis hier:

„Der Haushaltstitel „Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklung“ beim Bayerischen Ministerpräsidenten wird um die Position „weltweite Hilfe bei der Anpassung an die Klimakrise“ erweitert und entsprechend beträchtlich aufgestockt.“

Würde man beispielsweise das gängige Kriterium anlegen, dass 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, würde dieser Posten auf 4,6 Milliarden Euro erhöht werden müssen.²

Umbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Damit komme ich zu meinem letzten hier relevanten Punkt: Der Überprüfung bzw. der Umbau der bayerischen Außenwirtschaftsbeziehungen. Bayern ist extrem exportorientiert und von Rohstoffimporten abhängig. Hier müsste etwa dringend geschaut werden, wie es um die sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Ausgestaltung der Lieferketten steht.

Deshalb fordert unser Bündnis

„Wir fordern Landtag und Staatsregierung auf, sich beim Bund und auch auf EU-Ebene für ein stärkeres Lieferkettengesetz einzusetzen. Es muss dafür gesorgt werden, dass die bestehenden Lieferkettengesetze in der öffentlichen Beschaffung und durch Beratung und Kontrolle von Unternehmen eingehalten werden.“

Ein letztes: Relevant wäre schließlich die Prüfung, inwieweit wirtschaftliche Beziehungen im Globalen Süden verstärkt genutzt werden können, um dort eigene Wertschöpfung zu ermöglichen, Treibhausgasemissionen zu vermeiden und Klimawandelanpassung zu fördern.

Deshalb ist eine relevante Forderung unseres Bündnisses hier:

„Die bayerische Außenwirtschaft zeichnet sich zukünftig durch faire Handelsbeziehungen und wertschöpfende Entwicklungspartnerschaften aus und verzichtet auf importierte Rohstoffe, wenn diese mit Ausbeutung von Mensch und Natur einhergehen. Ebenso werden wirtschaftliche Praktiken daraufhin geprüft, ob sie Klimawandel und Fluchtbewegungen mit-verursachen oder verstärken können.“

² Bayern hatte 2021 laut Statistischem Landesamt 661,5 Milliarden Euro BIP. 0,7 % von 661.500.000.000 sind: 4.630.500.000 Euro,